

## Zu dem Ergebnis von Moskau

Das Zentralsekretariat der Partei hat sich mit den Ergebnissen der Konferenz der Außenminister in Moskau befaßt und die Einberufung des Parteivorstandes zum 21. Mai 1947 beschlossen, um dessen Stellungnahme herbeizuführen.

Auf der Moskauer Konferenz ist der Wille der Alliierten erkennbar geworden, zu einer dauerhaften Friedensregelung für Deutschland zu kommen. Die Erwartungen reaktionärer Kreise auf ein Scheitern der Verhandlungen haben sich nicht erfüllt. Die Moskauer Konferenz ist vielmehr als eine Vorbereitung für den Abschluß eines Friedens Vertrages mit Deutschland zu werten. Hierzu gehört die Vereinbarung über die Entmilitarisierung, Entnazifizierung, Demokratisierung, über die Zwangsverschleppten und über die Umsiedlung, die als gemeinsame Empfehlung an den Alliierten Kontrollrat gegeben wurde.

Das Zentralsekretariat begrüßt, daß als eine der Grundbedingungen der Demokratisierung Deutschlands die Durchführung der Bodenreform in allen Besatzungszonen für das Jahr 1947 sicher gestellt wird. In diesem Beschluß liegt gleichzeitig die Anerkennung für die Richtigkeit der bisher in der sowjetischen Besatzungszone durchgeführten Politik.

Wenn auch die Zulassung der Parteien für Gesamtdeutschland noch nicht erlaubt wurde, so ist doch die Vereinbarung über den freien Austausch von Nachrichten und demokratischem Gedankengut in allen Zonen ein wesentlicher Schritt hierzu. Die Bemühungen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands auf Zulassung von Parteien für ganz Deutschland werden dadurch erheblich gefördert. Die einheitliche und konsequente Durchführung der Entnazifizierung wird auf die weitere Demokratisierung Deutschlands einen ebenso günstigen Einfluß ausüben wie die Entfernung früherer aktiver Nazis und Militaristen aus öffentlichen und halböffentlichen Stellungen in bedeutenden Privatbetrieben. Die geplante beschleunigte Aburteilung von Kriegsverbrechern und nazistischen Aktivisten unter Verzicht auf